

## N i e d e r s c h r i f t

### über die 24. Sitzung des Rates in seiner 6. Wahlperiode am 03.07.2002 im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

---

#### Mitglieder:

Dr. Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Belger, Hans-Martin	SPD-Fraktion
Bosbach, Günter	CDU-Fraktion
Dr. Budde, Johannes	CDU-Fraktion
Budig, Detlef	SPD-Fraktion
Butschko, Peter	CDU-Fraktion
Ditz, Hans-Joachim	CDU-Fraktion
Geyer, Jens	SPD-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Goller, Werner anwesend bis einschl. TOP Ö 16., 20.34 Uhr	SPD-Fraktion
Greis, Peter	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus	CDU-Fraktion
Hackel, Gabriele	CDU-Fraktion
Haupt, Sascha	Fraktion PETO
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred	SPD-Fraktion
Knauer, Ariane	SPD-Fraktion
Dr. Knops, Hans Joachim	CDU-Fraktion
König, Karl	CDU-Fraktion
Liebe, Luda	Fraktion MBM/F.D.P.
Dr. Müller, Ulrich	CDU-Fraktion
Neufeldt, Friederike	CDU-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Ockel, Reinhard	CDU-Fraktion
Odendahl, Heidrun	CDU-Fraktion
Prondzinsky, Marion	CDU-Fraktion
Pruin, Stefan	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Raabe, Peter	CDU-Fraktion

Richrath, Martin	CDU-Fraktion
Sander, Dieter	SPD-Fraktion
Schaub, Lothar	CDU-Fraktion
Scheige, Gerardo	Fraktion PETO
Schmidt, Harald	SPD-Fraktion
Schunke, Dieter	SPD-Fraktion
Senft, Harald	CDU-Fraktion
Stamm, Andrea	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Stapper, Norbert	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Tonn, Elisabeth	SPD-Fraktion
von Wallis, Winfried	Fraktion MBM/F.D.P.
Spiecker, Gerd (Entschuldigt fehlend)	Verwaltung
Herrmann, Max	Verwaltung
Bosbach, Hans	Verwaltung
Trost, Uwe	Verwaltung
Warden, Marion	Verwaltung
Müchler, Gerhard	Verwaltung
Dr. Hennen, Karl-Heinz	Verwaltung
Brock, Hans Peter	Verwaltung
Herforth, Gisela	Verwaltung
Mittmann, Georg	Verwaltung
Kirberg, Inge	Verwaltung

Beginn der Sitzung 18:06 Uhr

Ende der Sitzung 23:10 Uhr

## Tagesordnung:

### Öffentliche Sitzung:

- Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- Ö 2. Kenntnissnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-
- Ö 3. 2002/0258 Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 29.05.2002
- Ö 4. 2002/0262 Baum- und Heckenschutzsatzung der Stadt Monheim am Rhein hier: Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW - Baumberger Allgemeiner Bürgerverein, vom 18.02.2002 - Jürgen Tacke, Schlegelstr. 136, vom 19.02.2002 "Außerkräftsetzung der Baum- und Heckenschutzsatzung"
- Ö 0. Bürgerfragestunde
- Ö 5. 2002/0261 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW Christine Venzke, Humboldtstr. 41, vom 22.05.2002 "Änderung der Abfallentsorgungssatzung"
- Ö 6. 2002/0263 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW Projektgruppe Verkehr und Mobilität, Sprecherin Jutta Lincke, Braunsberger Str. 15, vom 10.06.2002 "Kreisverkehr Kurt-Schumacher-Str./Oranienburger Str./Richard-Wagner-Str."
- Ö 7. 2002/0266 Eckdaten 2003
- Ö 8. 2002/0275 PCB-Sanierung der Gesamtschulgebäude A, B/C und E
- Ö 9. 2002/0283 Einrichtung einer regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA)
- Ö 10. 2002/0252 Sachstandsbericht Bereich Beschäftigung und Qualifizierung
- Ö 11. 2002/0280 Modellprojekt des Landes NRW "Junge Armut"
- Ö 12. 2002/0264 Umsetzung und Änderung Frauenförderplan
- Ö 13. 2002/0246 Neugestaltung Fußgängerunterführung Heinestraße
- Ö 14. 2002/0232 Änderung der Satzung der Musikschule

- |       |           |  |
|-------|-----------|--|
| Ö 15. | 2002/0257 | Genehmigung einer dringlichen Entscheidung<br>hier: Wohnumfeldverbesserung Berliner Viertel;<br>Umwidmung von Mitteln zur Umgestaltung Oberstufenschulhof<br>OHG |
| Ö 16. | 2002/0251 | Nachwahlen von Ausschussmitgliedern  |
| Ö 17. | 2002/0294 | 1. Änderung des Stellenplans<br>2. Externe Stellenbesetzung  |
| Ö 18. | 2002/0292 | Über-/außerplanmäßige Ausgabe gemäß § 82 GO NW für die<br>Bezuschussung von Ferienmaßnahmen der freien Träger  |
| Ö 19. | 2002/0295 | Beschäftigungsgesellschaft für den Kreis Mettmann mbH<br>Vertreter der Stadt in Gesellschafterversammlung und<br>Aufsichtsrat                                    |
| Ö 20. | 2002/0276 | Vertragsangelegenheit<br>Verschmelzung GVM mit EWM Verkauf von Geschäftsanteilen<br>an Partnerin rhenag  |
| Ö 21. |           | Mündliche Mitteilungen   |
| Ö 22. |           | Mündliche Anfragen   |

### **Nichtöffentliche Sitzung**

- |        |           |   |
|--------|-----------|---|
| NÖ 23. |           | Feststellung der Beschlussfähigkeit   |
| NÖ 24. |           | Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung<br>-nichtöffentlicher Teil-                         |
| NÖ 25. | 2002/0259 | Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 29.05.2002   |
| NÖ 26. | 2002/0276 | Vertragsangelegenheit<br>Verschmelzung GVM mit EWM Verkauf von Geschäftsanteilen<br>an Partnerin rhenag |
| NÖ 27. | 2002/0281 | Vertragsangelegenheit   |
| NÖ 28. |           | Mündliche Mitteilungen  |
| NÖ 29. |           | Mündliche Anfragen  |

## **Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim von Vertretern des Jugendparlaments 250 beim Kindergipfel am 29.06.2002 auf Karten geschriebene Wünsche von Kindern entgegen. Als erste Auswertung kündigt er die erste Kindersprechstunde bei ihm noch vor den Sommerferien an.

Ratsherrn Greis gratuliert er namens des Rates zum Geburtstag.

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Unter Bezugnahme auf die allen Ratsmitgliedern übergebenen Tischvorlagen bittet er um Erweiterung der Tagesordnung um die Punkte

- Ö 18. Drucksache-Nr. 2002/0292 Über-/außerplanmäßige Ausgabe gemäß § 82 GO NW für die Bezuschussung von Ferienmaßnahmen der freien Träger
- Ö 19. Drucksache-Nr. 2002/0295 Beschäftigungsgesellschaft für den Kreis Mettmann mbH - Vertreter der Stadt in Gesellschafterversammlung und Aufsichtsrat

Weiter schlägt er vor, die Debatte über die Verschmelzung von GVM und EWM und den Verkauf von Geschäftsanteilen an die Rhenag (Drucksache-Nr. 2002/0276) im öffentlichen Teil der Sitzung unter TOP Ö 20. zu führen, da dies nicht der Geheimhaltung unterliegt. Lediglich die die Verträge und personellen Dinge betreffenden Teile der Vorlage sollen in nichtöffentlicher Sitzung (TOP NÖ 26.) behandelt werden.

Gegen die Erweiterung und Änderung der Tagesordnung ergeben sich keine Einwände, so dass sich die in dieser Niederschrift enthaltene Tagesordnung ergibt.

## **Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-**

Ratsherr Goller betont unter Hinweis auf TOP Ö 11. der Niederschrift (Erlass einer Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen anlässlich des "Schürefestes"), dass er, wie Ratsfrau Tonn, nicht an der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt teilgenommen hat.

Der Rat nimmt die Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil - zur Kenntnis.

## **Ö 3. 2002/0258 Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 29.05.2002**

Der Rat nimmt den Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 29.05.2002 zur Kenntnis.

**Ö 4. 2002/0262 Baum- und Heckenschutzsatzung der Stadt Monheim am Rhein  
hier: Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW -  
Baumberger Allgemeiner Bürgerverein, vom 18.02.2002 - Jürgen  
Tacke, Schlegelstr. 136, vom 19.02.2002  
"Außerkraftsetzung der Baum- und Heckenschutzsatzung"**

Zu diesem Tagesordnungspunkt haben die Ratsmitglieder heute eine weitere Anlage zur Vorlage erhalten (Anlage 4 zu Drucksache 2002/0262 - Eingabe des Herrn Frank Nickel vom 25.06.2002).

Aufgrund der Debatte in der Ratssitzung vom 13.03.2002 zur Befangenheit der Ratsmitglieder Gronauer und Klein, die dem Vorstand des BAB angehören, hat die Verwaltung die Frage geprüft, inwieweit bei diesen Ratsmitgliedern Befangenheitstatbestände vorliegen. Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim teilt mit, dass ein Mitwirkungsverbot nicht vorliegt, da ein unmittelbarer Vor- oder Nachteil nicht gegeben ist. Hieran schließt sich eine längere Diskussion an.

Aus der Fraktion Die Grünen und der Fraktion MBM/F.D.P. wird die Auffassung geäußert, dass der Begriff des Vorteils weit auszulegen ist. Es wird als problematisch angesehen, wenn Vereinsvertreter die Möglichkeit haben, im Rat die Anregungen ihres Vereins zu vertreten, was sonst keinem Bürger möglich ist. In Zukunft müsse bei dieser Rechtsauffassung dann auch damit gerechnet werden, dass Rats- und Ausschussmitglieder die Angelegenheiten ihres Vereins in den Beratungen der Gremien tatkräftig unterstützen.

Aus der CDU-Fraktion wird darauf verwiesen, dass die Anregungen des BAB in der Ratssitzung vom 13.03.2002 abgelehnt wurden und nicht mehr zur Debatte stehen. Heute gehe es darum, das Hearing auszuwerten und Konsequenzen zu ziehen. Insofern liege eine Befangenheit nicht vor.

Die SPD-Fraktion hält es unabhängig von der juristischen Bewertung für eine Frage des politischen Stils, ob Ratsmitglieder sich als befangen erklären. Sie verweist darauf, dass bei anderen Bürgeranregungen kein Bürger die Möglichkeit hat, im Rat Ausführungen zu seiner Anregung zu machen. Im Übrigen kritisiert sie die Verwaltungsvorlage, die nicht eindeutig darstelle, dass es heute nicht mehr um die Bürgeranregungen gehe; dies führe zu Irritationen.

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim räumt ein, dass die Verwaltungsvorlage durch den irreführenden Betrefftext nicht klar aussage, dass es heute um die Auswertung des Hearings gehe. Er verweist nochmals darauf, dass ein Mitwirkungsverbot der beiden Ratsmitglieder nicht besteht. Es sei den Ratsmitgliedern anheim gestellt, ideelle Konsequenzen zu ziehen, rechtlich verpflichtet seien sie hierzu jedoch nicht.

Ratsherr Klein (SPD) erklärt sich für befangen und nimmt im Zuhörerraum Platz. Ratsherr Gronauer (CDU) erklärt sich nicht für befangen mit dem Hinweis, dass nicht die Anregung des BAB zu beraten sei, sondern die Grundsatzdiskussion zur Baumschutzsatzung anstehe unter Zugrundelegung der Ergebnisse des Hearings.

Die CDU-Fraktion betont in ihren eingehenden Ausführungen, dass für sie nach wie vor Ziel sei, zu einer bürgerfreundlichen Regelung zu kommen, die einerseits das Schützenswerte schützt, andererseits aber auch die Akzeptanz für diese Regelungen in der Bürgerschaft auf eine breite Basis stellt. Nach dem Hearing und aufgrund der bisherigen Erfahrungen müsse hinterfragt werden, ob die Entwicklung eines ökologisch hochwertigen alten Baumbestandes nur mit einer Satzung erreicht werden könne. Es sei festzustellen, dass viele Bürger bei der Anlage ihrer

Gärten einen Beitrag zur Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts in früheren Jahren ohne reglementierende Satzung erbracht haben. Der Vorwurf des bürokratischen Ansatzes und der reglementierenden Ausrichtung der Baumschutzsatzung sei deshalb aus Sicht der Bürger nicht von der Hand zu weisen. Da zu beobachten sei, dass viele Bürger in ihren Gärten zu groß gewordene Bäume abholzen, bevor diese das in der Satzung festgelegte Limit erreichen, werde ein nachhaltiger Beitrag zum Heranwachsen eines ökologisch hochwertigen alten Baumbestandes durch die Satzung nicht erreicht. Um Pflanzfehler in der Zukunft zu vermeiden, müsse die Stadt Partner der Bürger sein und nicht der Überwacher. Nach Austausch aller Argumente sei die CDU-Fraktion der Überzeugung, dass die Satzung in dieser Form keinen Beitrag zum Baumschutz leiste und die Bürger reglementiere und finanziell überfordere.

Sie **beantragt**:

Der § 2 der Satzung soll zukünftig folgende Fassung erhalten:

Einfügung eines neuen Absatzes 2:

Ausgenommen vom Geltungsbereich dieser Satzung sind private Hausgärten jeglicher Größe.

Die bisherigen Absätze 2 und 3 werden Absätze 3 und 4.

Die SPD-Fraktion geht auf die Entstehungsgeschichte der Baumschutzsatzung ein und verweist darauf, dass sie aus der Struktur und der dichten Bebauung Monheims resultiert, insofern seien die Vergleiche mit anderen Städten unpassend. Sie erinnert daran, dass die Satzung erst vor zwei Jahren überarbeitet wurde und eine deutliche Verschärfung auf Antrag der CDU-Fraktion erfuhr. Die SPD-Fraktion halte die Satzung nach wie vor für wichtig und verweist auf Vorkommnisse in der Vergangenheit. Richtig sei jedoch, dass die schwer verständlichen Regelungen der Satzung für den Bürger besser dargestellt werden und hierzu schnellstens eine Broschüre aufgelegt wird, in der z.B. auch Aussagen über die Verwendung der von den Bürgern geleisteten Ausgleichszahlungen gemacht werden. Sie hinterfragt kritisch den von der CDU-Fraktion gemachten Antrag hinsichtlich der Formulierung "private Hausgärten jeglicher Größe", hält eine Überarbeitung der Satzung mit dem Ziel bürgerfreundlicher Formulierungen für durchaus sinnvoll und **beantragt** die Überweisung an den Fachausschuss, um dort die Angelegenheit mit allem Für und Wider zu diskutieren.

Die Fraktion Die Grünen unterstreicht die Ziele der Baumschutzsatzung, die im Interesse des Gemeinwohls liegen. Die Argumente einer Überreglementierung hält sie für vorgeschoben, ist jedoch auch dafür, dass die Stadt die Ziele und Regelungen der Baumschutzsatzung allgemein verständlich in einer Broschüre darstellt und darüber hinaus das Beratungsangebot insbesondere bei der Erstbepflanzung von Gärten verbessert. Sie spricht sich für die Erfassung von schützenswerten Bäumen in einem Baumkataster aus und regt darüber hinaus an, dass die Stadt Kooperationen mit Besitzern alter Bäumen auf Privatgrund zur Pflege dieser Bäume eingeht. Den Vorschlag auf Überweisung der Angelegenheit an den Fachausschuss hält die Fraktion Die Grünen für sinnvoll und erforderlich, da nach ihrer Auffassung der Begriff "private Hausgärten" einer genauen Definition bedarf. Sie verweist hierzu auf die großen Flächen im Geschosswohnungsbau, die zum Teil einen relativ alten Baumbestand aufweisen, der schützenswert ist. Weiter hält sie den Vorschlag der CDU-Fraktion für problematisch, da sich sehr schnell die Frage der Gleichbehandlung stellen werde. Aus diesen Gründen hält sie es für richtig, wenn der Vorschlag im Ausschuss kritisch hinterfragt wird. Mit in die Überlegungen sollte auch einbezogen werden, dass Ersatzpflanzungen nicht nur durch Bäume, sondern auch durch Hecken, Gehölzgruppen, Dachbegrünung und Fassadenbegrünung möglich sind. Sie verweist auf ihre Anregung in der Ratssitzung vom 13.04.2000, eine Broschüre aufzulegen, in der die Regelungen der Satzung für die Bürger transparenter gemacht werden und dafür geworben wird, Bäume in der Stadt zu erhalten. Obwohl die Verwaltung zugesagt hatte, diese Anregung aufzunehmen, sei bisher nichts geschehen. Deshalb stellt sie heute den **Antrag**, eine Informationsbroschüre zur Baumschutzsatzung aufzulegen und an alle Haushalte zu verteilen verbunden mit dem Angebot der Verwaltung an die Bürger, beratend tätig zu werden.

Der Vertreter der MBM betont, dass alle Schutzgesetze reglementieren und zwischen den Interessen des Eigentümers und den Interessen der Allgemeinheit abzuwägen ist. Er ist dafür, dass die Verwaltung die gemachten Änderungsvorschläge aufgreift und einen Entwurf vorlegt, wie man die Satzung im Sinne dieser Vorschläge ändern könnte. Nur auf einer solchen soliden Grundlage sei eine Satzungsänderung möglich. Er schließt sich dem Vorschlag auf Überweisung an den Fachausschuss an.

Die Vertreterin der F.D.P. betont, dass sie dem Vorschlag der CDU-Fraktion zustimmen werde, wenn der Begriff "private Hausgärten" genau definiert wird und sich nicht auf große private Flächen, z.B. der LEG bezieht.

Während mehrere Mitglieder der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Grünen nochmals die Notwendigkeit einer Überweisung der Angelegenheit an den Fachausschuss begründen, besteht die CDU-Fraktion auf Abstimmung ihres Antrages. Sie macht den Verfahrensvorschlag, die Legaldefinition des Begriffs "private Hausgärten jeglicher Größe" im Fachausschuss zu diskutieren, durch den Beschluss heute jedoch ein klares Zeichen für die Bürger zu setzen.

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim erklärt, dass er über den Antrag der CDU-Fraktion, ergänzt um die Vorschläge der Fraktion Die Grünen, als den weitergehenden Antrag abstimmen lassen wird.

Die Fraktion Die Grünen fordert, dass über ihren Antrag getrennt abgestimmt wird.

## **Beschluss**

1. § 2 Abs. 2 der Baum- und Heckenschutzsatzung erhält folgende Fassung:  
Der Geltungsbereich dieser Satzung erstreckt sich nicht auf private Hausgärten jeglicher Größe.  
Die bisherigen Absätze 2 und 3 werden Absätze 3 und 4.

### **Abstimmungsergebnis:**

dafür: 22 Stimmen (BM, 20 CDU, 1 F.D.P.)  
dagegen: 18 Stimmen (12 SPD, 3 Grüne, 2 Peto, 1 MBM)

2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Informationsbroschüre zur Baumschutzsatzung aufzulegen und an alle Haushalte zu verteilen verbunden mit dem Angebot der Verwaltung an die Bürger, beratend tätig zu werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim erklärt, dass, sollte eine Legaldefinition des Begriffs "private Hausgärten jeglicher Größe" erforderlich sein, hierüber der Fachausschuss zu beraten habe.

## **Ö 0. Bürgerfragestunde**

### **Beginn: 19.19 Uhr**

Ein Bürger bezieht sich auf einen Artikel in den Historischen Beiträgen des Bergischen Geschichtsvereins Abteilung Niederwupper, in dem die Stadt aufgefordert wird, die in Monheim



am Rhein aufgewachsene Lyrikerin Ulla Hahn für ihren Roman "Das verborgene Wort" zu würdigen. Er fragt an, ob die Stadt sich hier leiten lässt von den Reaktionen auf den Roman aus dem engsten Familien-, Kindheits- und Bekanntenkreis ("Nestbeschmutzung").

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim antwortet hierauf, dass er Frau Hahn zu einer Lesung aus ihrem Roman nach Monheim am Rhein eingeladen hat; voraussichtlich im September werde diese Veranstaltung stattfinden.

Ein weiterer Bürger fragt an, welche Mittel in welchem Zeitraum für die Sanierung der mit PCB belasteten öffentlichen Gebäude zur Verfügung gestellt werden.

Der Bürgermeister verweist hierzu auf die heute auf der Tagesordnung stehende Sanierung von Gebäuden der Gesamtschule. Weiter berichtet er darüber, dass eine interfraktionelle Lenkungsgruppe regelmäßig tagt und die Arbeit der Verwaltung hinsichtlich der Sanierung öffentlicher Gebäude begleitet.

**Ende: 19.24 Uhr**

**Ö 5. 2002/0261 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW  
Christine Venzke, Humboldtstr. 41, vom 22.05.2002  
"Änderung der Abfallentsorgungssatzung"**

Die CDU-Fraktion betont, dass es sich bei dem der Anregung zugrunde liegenden Sachverhalt um einen Konflikt innerhalb der Hauseigentümergeinschaft handelt, in den sie nicht eingreifen wird. Sie gibt den Ratschlag, sich innerhalb der Eigentümergeinschaft für die Schleuse zu entscheiden.

Auch die SPD-Fraktion ist dieser Meinung und lehnt die Anregung ebenfalls ab. Sie empfiehlt der Verwaltung, der Eigentümergeinschaft Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Der Rat lehnt die Anregung einstimmig ab.

**Ö 6. 2002/0263 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW  
Projektgruppe Verkehr und Mobilität, Sprecherin Jutta Lincke,  
Braunsberger Str. 15, vom 10.06.2002  
"Kreisverkehr Kurt-Schumacher-Str./Oranienburger  
Str./Richard-Wagner-Str."**

Die CDU-Fraktion verweist auf die Beratungen im letzten Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen. Sie betont, dass sie mit den Anregungen hinsichtlich Tempo 30 und Einrichtungsradweg übereinstimmt, heute jedoch nicht darüber entscheiden wolle, sondern gemeinsam mit allen anderen Anträgen zum Verkehrsentwicklungsplan. Ihrem Antrag auf Überweisung an den Fachausschuss stimmt der Rat einstimmig zu.

**Ö 7. 2002/0266 Eckdaten 2003**

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim verliest eine heute eingegangene Presseerklärung der Landesregierung zur Gemeindefinanzreform, in dem sie Regelungen zur finanziellen Entlastung der Kommunen mitteilt. Er stellt fest, dass keiner der sechs Vorschläge geeignet ist, den Gemeinden spürbare Vorteile zu verschaffen.

Der Kämmerer gibt eingehende Erläuterungen zur Vorlage. Insbesondere verweist er darauf, dass nach Plänen des Landes die fiktiven Hebesätze von 380 auf 424 (Gewerbsteuer) und von 340 auf 401 (Grundsteuer B) angehoben werden sollen, was zu Mindereinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen führe, die in den Folgejahren mit etwa 2,5 Mio Euro beziffert werden könnten.

Die SPD-Fraktion nimmt zur Vorlage Stellung und betont, dass die Eckdaten 2003 als Basis für den zu erstellenden Haushalt in der Kontinuität der letzten Haushalte stehen, mit Unsicherheiten und Hoffnungen bestückt und mit ungenügender Vorsorge auf der einen und überzogenen Einnahmepositionen auf der anderen Seite.

An diese Äußerungen schließt sich eine längere Diskussion an, in der die CDU-Fraktion den Vorwurf unsolider Haushaltspolitik nachdrücklich zurückweist.

### **Beschluss**

1. Die auf der Grundlage der Beratungsunterlagen ermittelten Eckdaten für das Haushaltsjahr 2003 werden zur Kenntnis genommen.
2. Angesichts des sich abzeichnenden Fehlbetrags von rd. 5,6 Mio. € (aufgrund der Fehlbetragsveranschlagung des Jahres 2001 in Höhe von 7,34 Mio. €) sowie der Tatsache, dass sich die geplante Abtragung der Fehlbeträge der Jahre 2001 und 2002 um rd. 1 Mio. € gegenüber der Finanzplanung verschlechtert und damit dauerhaft die Finanzwirtschaft der folgenden Jahre belastet, wird festgelegt:
  - 2.1 Die Personalausgaben werden auf 18,1 Mio. € festgesetzt. Dies entspricht dem Wert der beschlossenen Finanzplanung. Darin eingerechnet wurde gegenüber dem Jahr 2002 eine zweiprozentige Tarifsteigerung, abzüglich der sich aus dem HSK ergebenden Einsparungsvorgaben. Entsprechend wird den Fachbereichen auferlegt, den Teil der Tarifierhöhung, der zwei Prozent übersteigt, im Jahre 2003 selbst zu erwirtschaften.
  - 2.2 Die Sachausgaben werden auf Basis der Vorgaben des Ratsbeschlusses vom Dezember 2001 entsprechend der mittelfristigen Finanzplanung unter Zugrundelegung der sich aus der Anlage zu diesem Eckdatenbeschluss ergebenden Veränderungen festgeschrieben.
3. Auf der Basis der vorliegenden Eckdaten ist unter Berücksichtigung des Punktes 2 und der noch zu erwartenden neuesten Orientierungsdaten der Entwurf des Haushaltsbuches einzubringen.

### **Abstimmungsergebnis:**

dafür: 28 Stimmen (BM, 20 CDU, 3 Grüne, 2 Peto, 2 MBM/F.D.P.)

dagegen: 13 Stimmen (13 SPD)

## **Ö 8. 2002/0275 PCB-Sanierung der Gesamtschulgebäude A, B/C und E**

### **Beschluss**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die PCB-Sanierung der Gebäude A, B/C und E der Peter-Ustinov-Gesamtschule gemäß dem der Beschlussvorlage beigefügten „Sanierungs- und Wiederherstellungszeitplan“ durchzuführen.  
Die Gesamtsanierungskosten werden auf €800.000,-- geschätzt.
2. Die Sanierungsabschnitte 1 – 3, Gebäude B und C, sollen als 1. Baulos vergeben werden.  
Die Kosten für dieses Los betragen ca. €430.000,--.

Für das Jahr 2002 werden überplanmäßige Mittel für den Unterabschnitt 2800 in Höhe von € 200.000,-- bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Minderausgaben bei der Verwendung der Schulbaupauschale unter der Haushaltsstelle 2000.9500.50.

Für das Jahr 2003 wird eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von €230.000,-- bewilligt.  
Die Deckung erfolgt durch die Spezifizierung der Schulbaupauschale.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

## **Ö 9. 2002/0283 Einrichtung einer regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA)**

Aus der Fraktion Die Grünen kommt die Bitte an alle Ratsmitglieder, die Kolleginnen und Kollegen auf Kreisebene anzusprechen, damit die Angelegenheit auch auf Kreisebene vorangetrieben wird.

### **Beschluss**

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein empfiehlt dem Kreis Mettmann, die Einrichtung einer RAA (Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien) zu prüfen und ggf. die Zuwendungen des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Bezirksregierung zu beantragen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

## **Ö 10. 2002/0252 Sachstandsbericht Bereich Beschäftigung und Qualifizierung**

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

## **Ö 11. 2002/0280 Modellprojekt des Landes NRW "Junge Armut"**

Die Verwaltung teilt mit, dass der Landesjugendhilfeausschuss dem Projektantrag am 27.06.2002 zugestimmt hat und das Projekt nach dem heutigen Beschluss pünktlich starten kann.

Auf die Frage aus der CDU-Fraktion, aus welchen Bereichen des Jugendamtes Arbeitskraft für dieses Projekt abgezogen wird, antwortet die Verwaltung, dass eine Aufgabenumverteilung erfolgen und das Team diese Mehrbelastung gemeinsam tragen wird.

Die Vertreterin der F.D.P. regt an, die Angebote der Familienbildung nicht nur auf Kindererziehung auszurichten, sondern auch auf allgemeine Lebensbewältigung, da das Vorbild der Eltern sich auf die Kinder überträgt. Herr Bürgermeister Dünchheim sagt zu, dass dieser Gedanke aufgenommen wird.

### **Beschluss**

Die im Finanzierungsplan vorgesehene Zuschussung aus Fremdmitteln, die Bereitstellung der vorgesehenen Haushaltsmittel durch den Rat sowie die Beteiligung der Stadt Monheim am Rhein an der Umsetzung des Modellprojektes „Junge Armut“ des Landschaftsverbandes Rheinland wird beschlossen.

Die Verwaltung wird ermächtigt, vorbehaltlich der Finanzierung durch den LVR, die weiteren Schritte zur Vorbereitung und Durchführung des Projektes einzuleiten.

Im Rahmen des Modellprojektes zur Prävention von Kinderarmut wird der Handlungsschwerpunkt „Kinder in Armut“ beschlossen. Unter Beteiligung aller Ämter sind bereichsübergreifend Strategien zur Bekämpfung von Kinderarmut modellhaft für das Land NRW zu entwickeln und zu erproben.

In jeder Sitzung des Jugendhilfeausschusses wird ein Tagesordnungspunkt „Bericht aus dem Modellprojekt Junge Armut“ aufgenommen.

Die Projektleitung soll bei der Stadt Monheim am Rhein liegen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## **Ö 12. 2002/0264 Umsetzung und Änderung Frauenförderplan**

Die Verwaltung und die Gleichstellungsbeauftragte beantworten die Fragen aus der SPD-Fraktion und der Fraktion MBM/F.D.P., u.a. zur probeweisen Einführung alternierender häuslicher Telearbeit.

Die GStB führt aus, dass es Ziel des Frauenförderplans sei, die Quote von Frauen in allen Bereichen und Funktionen der Verwaltung auf 50 % zu bringen. Bis auf die Feuerwehr sei dies in allen Bereichen gelungen. Allerdings sei festzustellen, dass der Anteil von Frauen in Führungs- und Leitungsfunktionen (Besoldungsgruppen A 12/BAT III) äußerst gering sei. Deshalb sollten zukünftig zu besetzende Leitungsfunktionen trotz Haushaltskonsolidierung auch weiterhin intern und extern ausgeschrieben werden, damit zumindest die Chance eröffnet werde, diese Funktionen auch mit Frauen zu besetzen.

### **Beschluss**

Der Rat nimmt den der Beschlussvorlage als Anlage 1 beigefügten Maßnahmenkatalog zur Umsetzung des Frauenförderplans sowie die ergänzenden Ausführungen hierzu zur Kenntnis (**Teil I** der Sachdarstellung).

Der Rat nimmt die als Anlage 2 und 3 bezifferten statistischen Übersichten über die Entwicklung der Beschäftigtenstruktur - Stand April 2002 im Vergleich zu Mai 2000 - ebenfalls zur Kenntnis

Der Rat beschließt die vorgeschlagene Änderung des Frauenförderplans (**Teil II** der Sachdarstellung).

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Ö 13. 2002/0246 Neugestaltung Fußgängerunterführung Heinestraße**

Die Fraktion Die Grünen verweist auf die Diskussion im Haupt- und Finanzausschuss und fragt nach, ob die Verwaltung hinsichtlich der Gestaltung des Pachtverhältnisses Details mitteilen könne. Sie betont, dass ihre Position davon abhängt, welches Warensortiment in dem geplanten Kiosk angeboten wird und wiederholt insbesondere ihre Bedenken hinsichtlich des Verkaufs von Alkohol.

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim erklärt, dass zu dieser Fragestellung zz. noch nichts gesagt werden könne, da das Nutzungskonzept erst noch zu entwickeln sei. Wenn es entscheidungsreif sei, werde es zur Beschlussfassung vorgelegt.

Die SPD-Fraktion erklärt ihre Zustimmung zur Beschlussvorlage, äußert jedoch auch Unbehagen darüber, dass keine Details über die Nutzung des Kiosks vorliegen, man gebe heute also eine Zustimmung, deren Konsequenz u.U. nicht überschaubar sei.

Die Fraktion Die Grünen äußert nochmals ihre Bedenken hinsichtlich des fehlenden Nutzungskonzeptes und lehnt die Vorlage aufgrund der heutigen Faktenlage ab.

**Beschluss**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Realisierung der Neugestaltung Fußgängerunterführung Heinestraße gem. dem vorliegenden Entwurf der Architektin Frau Kohnen voranzutreiben, insbesondere die Bauleistungen auszuschreiben und zu vergeben.
2. Zur Durchführung der Maßnahme werden 179.000,-€ außerplanmäßig bei der Haushaltsstelle 6300.9606.72 bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei der Haushaltsstelle 6300.3616.71 (Landeszuschuss Wohnumfeldverbesserung „Berliner Viertel“) in Höhe von 102.250,- € und Minderausgaben bei der Haushaltsstelle 8800.9320.00 (Grunderwerbs- und Nebenkosten) in Höhe von 76.750,-€

**Abstimmungsergebnis:**

dafür: 38 Stimmen (BM, 20 CDU, 13 SPD, 2 Peto, 2 MBM/F.D.P.)

dagegen: 3 Stimmen (Grüne)

**Ö 14. 2002/0232 Änderung der Satzung der Musikschule**

**Beschluss**

1. Das Schuljahr der Musikschule wird umgestellt.
2. Die Satzung der Musikschule der Stadt Monheim am Rhein wird in der vorgelegten Fassung beschlossen. Die Satzung ist Bestandteil dieses Beschlusses.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Ö 15. 2002/0257 Genehmigung einer dringlichen Entscheidung  
hier: Wohnumfeldverbesserung Berliner Viertel;  
Umwidmung von Mitteln zur Umgestaltung Oberstufenschulhof  
OHG**

**Beschluss**

Die am 11.6.2002 von Bürgermeister Dünchheim und Rats Herrn Jelinek getroffene dringliche Entscheidung zur Umwidmung von Haushaltsmitteln bei der Haushaltstelle 2.6300.9606.71 wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:**

dafür: 38 Stimmen (BM, 20 CDU, 13 SPD, 2 Peto, 2 MBM/F.D.P.)

dagegen: 3 Stimmen (Grüne)

**Ö 16. 2002/0251 Nachwahlen von Ausschussmitgliedern**

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim bittet um Berichtigung des Beschlussvorschlages: Laura Tiemann = **Mitglied** (nicht stellv. Mitglied) im JHA.

**Beschluss**

Der Rat nimmt folgende Nachwahlen im Jugendhilfeausschuss vor:

ausgeschiedenes		neues	
Mitglied	stellv. Mitglied	Mitglied	stellv. Mitglied
<b>Jugendhilfeausschuss</b> Martin Pfitzer	Alexander Schumacher	Alexander Schumacher	Mareike Duday, Knipprather Str. 75
Dirk Scholer		Laura Tiemann, Kapellenstr. 14	

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

**Ö 17. 2002/0294 1. Änderung des Stellenplans  
2. Externe Stellenbesetzung**

Der Bürgermeister verweist auf die Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss und die heute vorgelegte geänderte Tischvorlage.

**Beschluss**

1. Der gültige Stellenplan wird geändert. Bei UA 3210 wird eine zusätzliche BAT IVb/ A10-Stelle eingerichtet. Als Kompensation kann eine A9-Stelle bei UA 0200 entfallen.
2. Die Stelle kann extern besetzt werden.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

**Ö 18. 2002/0292 Über-/außerplanmäßige Ausgabe gemäß § 82 GO NW für die  
Bezuschussung von Ferienmaßnahmen der freien Träger**

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim verweist auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Tischvorlage.

**Beschluss**

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 22.287 € zur Deckung von Mehrausgaben bei der Haushaltsstelle 4510.7170.01 („Zuschuß an freie Träger für Kinder- und Jugendberufshilfe“). Zur Deckung der Mehrausgaben werden Weniger-Ausgaben bei den Personalkosten (Haushaltsstelle 4650.4990.00) herangezogen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

**Ö 19. 2002/0295 Beschäftigungsgesellschaft für den Kreis Mettmann mbH  
Vertreter der Stadt in Gesellschafterversammlung und  
Aufsichtsrat**

Der Bürgermeister verweist auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Tischvorlage.

**Beschluss**

Der Rat ändert die Benennung der Vertreter der Stadt in den Gremien der Beschäftigungsgesellschaft für den Kreis Mettmann mbH wie folgt:

## Gesellschafterversammlung

<b>Mitglied</b>	<b>ausgeschiedenes</b>	<b>Mitglied</b>	<b>neues</b>
	Thomas Dünchheim (Bürgermeister)		Gerhard Müchler (Leiter FB 2)

## Aufsichtsrat

<b>Mitglied</b>	<b>ausgeschiedenes</b>	<b>Mitglied</b>	<b>neues</b>
	<b>stellv. Mitglied</b>		<b>stellv. Mitglied</b>
Gerd Spiecker (BG)	Thomas Dünchheim (BM)	Gerhard Müchler (Leiter FB 2)	Gerd Spiecker (BG)

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim unterbricht die Sitzung für eine Pause von 20.36 bis 20.49 Uhr.

### **Ö 20. 2002/0276 Vertragsangelegenheit Verschmelzung GVM mit EWM Verkauf von Geschäftsanteilen an Partnerin rhenag**

Die Fraktionen stimmen dem Vorschlag des Bürgermeisters zu, die Diskussion zur Verschmelzung von GVM und EWM und zum Verkauf von Geschäftsanteilen an die rhenag im öffentlichen Teil der Sitzung zu führen und über die Ziffern 1 bis 5 des Beschlussvorschlages in öffentlicher Sitzung zu entscheiden.

Über die Ziffern 6 bis 8 (Vertrags- und Personalangelegenheiten) soll in nichtöffentlicher Sitzung beraten und entschieden werden.

Nach den ausführlichen Erläuterungen des Kämmerers kommt es zu einer langen Diskussion. Zur Verschmelzung von EWM und GVM besteht Einmütigkeit. Streitpunkt ist die Frage, ob der rhenag zur Herstellung einer Gesamtbeteiligung an der MEGA in Höhe von 49,9 % ein Geschäftsanteil von 29,34 % zum Kaufpreis von 10,3 Mio EUR verkauft werden soll oder ihr nur eine Beteiligung von 25,1 % zum Kaufpreis von 3 Mio EUR eingeräumt wird.

Die CDU-Fraktion unterstützt den Vorschlag der Verwaltung, das Angebot der rhenag, für zu erwerbende Anteile von 29,43 % einen Kaufpreis von 10,3 Mio EUR zu zahlen, anzunehmen. Bei dem Vergleich der möglichen beiden Varianten müsse Ziel aller Überlegungen sein, dass der Verkauf von Anteilen möglichst wenig Risiken für die Stadt bringe. Diese Risikominimierung sehe die CDU-Fraktion darin, dass bei einem Verkauf von 29,34 % ein hoher fester und sicherer Preis gezahlt wird. Dabei müsse berücksichtigt werden, dass die jährliche Rente, die bei dieser Variante zwar etwas geringerer sei, in weiterer Zukunft nicht unbedingt als sicher gelte.

Die SPD-Fraktion hält die angewandte Wirtschaftlichkeitsberechnung für falsch, da sie nicht der vom Institut der deutschen Wirtschaft empfohlenen Berechnungsmethode entspreche. Sie stimmt



einer Beteiligung der rhenag an der Mega von 25,1 % und einem Kaufpreis von 3 Mio EUR zu. Einer Veräußerung von Geschäftsanteilen zur Beteiligung von 49,9 % stimmt sie nicht zu, da die zu Grunde liegende Wirtschaftlichkeitsberechnung nicht den anerkannten Methoden entspreche, unwirtschaftlich sei und langfristig zu einer Mindereinnahme von ca. 2,3 Mio EUR führe. Die nachhaltige Substanzsicherung für die Stadt Monheim am Rhein sei ihr deutlich wichtiger als die schnelle Vereinnahmung von Geldern, um Löcher im Haushalt zu stopfen.

Die Verwaltung erläutert nochmals die Methode der Barwertberechnung. Sie verweist unter Hinweis auf die Risiken auf dem Energiemarkt darauf, dass die Berechnung der "ewigen Rente" mit einem Risiko verbunden ist und es letztlich Aufgabe der Politik ist, diesen Abwägungsprozess vorzunehmen.

Der Vertreter der MBM hält es vor dem Hintergrund, dass EWM und GVM bisher Gewinne machten, für richtiger, sich die um 500 000 EUR höhere jährliche Rente zu sichern als Substanz zu verlieren und Geschäftsanteile von 49,9 % abzugeben.

Die Fraktion Die Grünen stimmt nach den vorgetragenen Argumenten dem Vorschlag der Verwaltung zu. Sie verweist auf das von der Stadt zu tragende geringere unternehmerische Risiko und die u.U. unsichere Entwicklung der jährlichen Renten.

Auch die Vertreterin der F.D.P. entscheidet sich für die 2. Variante, da die Stadt in ihrer Haushaltssituation das Risiko minimieren und den sicheren Weg gehen müsse.

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim lässt über die Ziffern 1 bis 5 des Beschlussvorschlages einzeln abstimmen, die Beratung der Ziffern 6 bis 8 erfolgt in nichtöffentlicher Sitzung. Zu Ziffer 4 des Beschlussvorschlages beantragt die SPD-Fraktion geheime Abstimmung.

## **Beschluss**

1. Die Gasversorgung Monheim GmbH (GVM) wird als übertragender Rechtsträger unter Auflösung ohne Abwicklung auf die Elektrizitätswerk der Stadt Monheim GmbH (EWM) als übernehmender Rechtsträger mit wirtschaftlicher Wirkung zum 01. Januar 2002 verschmolzen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

2. Die EWM wird künftig als „MEGA - Monheimer Elektrizitäts- und Gasversorgung GmbH“ firmieren.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

3. Im Rahmen der Verschmelzung wird das Stammkapital der EWM von derzeit 3.579.043,17 € um 6.076,83 € auf künftig 3.585.120 € erhöht.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

4. Zur Herstellung einer Gesamtbeteiligung der rhenag an der MEGA in Höhe von 49,9 % verkauft die MVV einen Geschäftsanteil im Nennwert von 1.936.440 € (29,34 %) zu einem Kaufpreis von 10,3 Mio. EUR an die rhenag.

Die geheime Abstimmung hat folgendes Ergebnis:

dafür: 24 Stimmen  
dagegen: 15 Stimmen  
Enthaltung 1 Stimme

5. Die zuständigen Organe der Monheimer Versorgungs-und Verkehrs GmbH (MVV) und der GVM (soweit sie die Stadt Monheim am Rhein vertreten) werden beauftragt und ermächtigt, die erforderlichen gesellschaftsrechtlichen Beschlüsse zu fassen, Beurkundungen zu tätigen und Verträge abzuschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

dafür: 28 Stimmen (BM, 20 CDU, 3 Grüne, 2 Peto, 2 MBM/F.D.P.)  
dagegen: 12 Stimmen (SPD)

**Ö 21. Mündliche Mitteilungen**

**Ö 21.1 Bürgerhaus Baumberg**

Die Verwaltung berichtet vor dem Hintergrund der öffentlichen Diskussionen und Reaktionen auf Nutzungseinschränkungen des Bürgerhauses ausführlich von einem "runden Tisch", an dem der Rechtsanwalt mit seinen Mandanten, der Vorsitzende des Baumberger Allgemeinen Bürgervereins, Fraktionsspitzen von CDU und SPD sowie Vertreter der Verwaltung teilgenommen haben.

Nach diesem Gespräch wurden Lärmmessungen durchgeführt deren Ergebnisse mit dem Teilnehmerkreis des "runden Tisches" bei einer weiteren Zusammenkunft erörtert wurden. Es wurde vereinbart, dass weitere bauphysikalische Untersuchungen (Schallschutzfenster, Dachisolierungen) erforderlich sind, um ggf. mit baulichen Maßnahmen für einen besseren Schallschutz zu sorgen. Auch die weiteren Maßnahmen werden mit den Anwohnern erörtert. Bis auf wenige Ausnahmen gab es in der letzten Zeit keine Fälle, die Anlass für Beschwerden gaben.

**Ö 22. Mündliche Anfragen**

**Ö 22.1 Mündliche Anfrage der Ratsfrau Hengsberger (SPD)  
Kindersprechstunde des Bürgermeisters**

Ratsfrau Hengsberger fragt den Bürgermeister, wann er vor den Sommerferien, die in der übernächsten Woche beginnen, eine Kindersprechstunde veranstalten will.

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim antwortet, dass dies an dem Mittwoch vor den Ferien von 15 bis 17 Uhr geplant ist.

**Ö 22.2 Mündliche Anfrage des Rats Herrn Ditz (CDU)  
Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses**

Rats Herr Ditz betont, dass er Probleme hinsichtlich des Sitzungstermins des Rechnungsprüfungsausschusses am 16.07.2002 habe und fragt an, ob die Sitzungstermine zukünftig interfraktionell abgestimmt werden können.

Der Ausschussvorsitzende hält dies für schwierig und schlägt vor, dass die Terminabsprache zukünftig zwischen RPA/Vorsitzendem/BM/stellv. Vorsitzendem erfolgt.

**Ö 22.3    Mündliche Anfrage des Rats Herrn Nieswand (SPD)  
Karstadt-Immobilie**

Nach dem Sachstand gefragt betont der Bürgermeister, dass noch zwei Unterschriften von Eigentümern fehlen, er aber guter Dinge sei, die Angelegenheit "Familia" in der nächsten Woche abzuschließen.

**Ö 22.4    Mündliche Anfrage des Rats Herrn von Wallis (MBM/F.D.P.)  
Sanierung des Shellgeländes**

Rats Herr von Wallis verweist auf Presseberichte, wonach die LEG ihre Sanierungsarbeiten auf dem Shellgelände aus Kostengründen eingestellt habe. Er fragt an, ob es eine vertragliche Vereinbarung mit der LEG über Durchführung, Zeitrahmen o.ä. gibt.  
Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim verneint dies. Eigentümer des Geländes sei das Land NRW, das die LEG mit der Sanierung beauftragt habe. Er verweist auf den in nichtöffentlicher Sitzung noch zu beratenden Vorschlag der Verwaltung in dieser Angelegenheit.